

An die Vertreter der Presse

Berlin, den 06.12.2010

Pressemitteilung

Rückfragen an Herrn Ulrich Droske
Telefon (030) 375 98 90 | Fax (030) 692 05 8329

=====Mit der Bitte um Berücksichtigung!=====

MIT Berlin lehnt anonyme Bewerbungsverfahren ab!

Im November dieses Jahres beginnt ein Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, bei dem die teilnehmenden fünf Unternehmen und drei öffentlichen Arbeitgeber ihre Stellenbewerber künftig anonym auswählen werden. Dabei sind den potentiellen Arbeitgebern im ersten Schritt des Auswahlverfahrens weder der Name, die Herkunft oder ein Foto noch das Alter der Bewerber bekannt. „Wir halten ein solches Pilotprojekt für völlig realitätsfern. Zudem haben wir große Bedenken, was die Zielrichtung dieses Pilotprojektes angeht. Es ist zu befürchten, dass nach einer solchen ersten Testphase das anonyme Bewerbungsverfahren zum Standard bei der Einstellung durch Unternehmen erklärt werden soll“, erläutert Gaetano Foti, MIT-Landesvorsitzender in Berlin.

Nach Auffassung der MIT Berlin ist es legitim, dass sich ein Unternehmen vor der Stellenbesetzung und vor Bewerbungsgesprächen einen Gesamteindruck eines zukünftigen Arbeitnehmers machen darf. Denn abgesehen von den formalen Angaben in den eingereichten Bewerbungsunterlagen zählen bei einer Einstellung natürlich auch das Erscheinungsbild, persönliche Lebensverhältnisse, das Auftreten, das Sozialverhalten oder etwa die Teamfähigkeit eines Stellenbewerbers. „Solche Kriterien, die für den reibungslosen Ablauf innerhalb eines Unternehmens von grundlegender Bedeutung sind, kann man nicht losgelöst von persönlichen Daten prüfen“, erklärt Ulrich Droske, stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung

Die MIT Berlin befürchtet, dass das gestartete Pilotprojekt nur der Vorbote ist, um anonyme Bewerbungsverfahren in ganz Deutschland einzuführen. „Wir haben nichts dagegen, wenn sich ein Unternehmen freiwillig für ein anonymes Bewerbungsverfahren ausspricht. Grundsätzlich würde ein solches Verfahren aber zu erheblich mehr Bürokratie und Kosten führen. Das dürfte der Großteil der Unternehmen in Deutschland so sehen. So haben sich auf die Anfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes bei 30 Unternehmen zur Teilnahme am Projekt nur 5 Unternehmen gemeldet. 25 von 30 Unternehmen haben offenbar die Sinnhaftigkeit eines solchen Projektes ebenso in Frage gestellt, wie wir es tun“, erklärt Gaetano Foti.



LandesgeschäftsstelleBerlin

Zudem bemühen sich die meisten Unternehmen bereits heute um eine Vielfalt in der Belegschaft. „Hier wird seitens der Politik wieder der Versuch unternommen, auf einen Prozess innerhalb der Wirtschaftsabläufe Einfluss zu nehmen, aus denen sich der Staat eigentlich herauszuhalten hat. Der deutschen Wirtschaft wäre viel mehr geholfen, wenn sich die Politik und der Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren und nicht fortan neue unnötige Bürokratie, Vorgaben, Regulierungen und Kosten zu Lasten der Wirtschaft und insbesondere des Mittelstandes schaffen würden“, so Ulrich Droske abschließend.

Ulrich Droske (V.i.S.d.P.)
stellvertretender Landesvorsitzender